

Informationen zu den Haushaltsberatungen im Bereich Bildung

DIE LINKE setzt sich auch bei der Beratung des Doppelhaushalts 2012 – 2013 für eine bedarfsgerechte Ausstattung und Entwicklung des Öffentlichen Dienstes ein. In diesem Zusammenhang haben wir gefordert, die Ausbildungskapazität der Staatlichen Seminare für Lehrämter auf 500 Plätze im Jahr zu erhöhen und damit mindestens der Zahl der Lehrerabsolventinnen und –absolventen unserer Universitäten anzupassen. Außerdem muss der Einstellungskorridor für junge Lehrkräfte wieder erhöht werden.

DIE LINKE befürchtet in den Jahren nach 2013 eine massive Personalnot an den Schulen. Die Absenkung des Neueinstellungskorridors im neuen Personalentwicklungskonzept gegenüber dem bislang geltenden wird die Lage noch verschärfen. Schon heute fallen mehr und mehr Unterrichtsstunden aus und abwesende Lehrkräfte können oft nicht vertreten werden.

Außerdem sind Neueinstellungen im Bereich der Pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig. Deshalb fordern wir auch hier einen Korridor. Die diesbezüglichen Anträge sind bisher sowohl im zuständigen Fachausschuss für Bildung und Kultur als auch im Finanzausschuss abgelehnt worden. Die Landesregierung macht in diesen Fragen einen hilflosen Eindruck. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen blieben bisher weitgehend passiv. Die Hoffnungen, dass in der sogenannten Bereinigungssitzung des Finanzausschusses hier noch Dinge zum Guten gewendet werden sind gering.

Die Fraktion DIE LINKE hat die vorgesehenen Kürzungen bei der Förderung der Erwachsenenbildung kritisiert. Wir lassen auch den Verweis auf EU-Gelder hier nicht gelten. Sie können das breite Angebot der Erwachsenenbildung nicht sichern. Schon jetzt hat sich das Land aus seinen Verpflichtungen erheblich zurückgezogen. Die Finanzausstattung der Erwachsenenbildung in Sachsen-Anhalt gehört zu den schlechtesten in der ganzen Bundesrepublik. Das ist skandalös und führt zu eingeschränkten Angeboten, drückt auf die Teilnahmegebühren und vor allem auf die Einkommen der dort in unterschiedlicher Form Tätigen, sie können nur prekär genannt werden. Im Kontext der Gesamthaushaltssituation haben wir uns dafür eingesetzt, wenigstens das Niveau der beiden Vorjahre im Ansatz zu erhalten. Entsprechende Refinanzierungsvorschläge wurden vorgelegt. Nachdem der Antrag im Ausschuss für Bildung und Kultur zwar intensive Diskussionen erbracht, aber abgelehnt wurde und auch im Finanzausschuss keine Mehrheit fand, haben Abgeordnete der Koalition im Finanzausschuss mittlerweile wenigstens angekündigt, bis zur Bereinigungssitzung nochmals das Problem zu bedenken.

Im Hochschulbereich war es u.a. unser Ziel – wie im Wahlprogramm der LINKEN angekündigt – schrittweise die Gebühren im Studium abzubauen. So sollen Leih- und Nutzungsgebühren, die im Laufe des Studiums fällig werden, entfallen. Die Hochschulen sollen dafür einen Ausgleich für die entstehenden Einnahmeverluste erhalten. Während über die von uns vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen im

nächsten Jahr die parlamentarischen Beratungen beginnen, haben der Wissenschafts- und der Finanzausschuss schon einmal die Ausgleichszahlungen an die Hochschulen abgelehnt.

Keine Mehrheit fand auch unser Antrag die an Leistungskriterien gebunden Mittel für die Hochschulen (LOM) wieder auf die Hochschulkapitel aufzugliedern und nicht mehr zentral zu veranschlagen. Damit wurde auch unsererer Ansatz abgelehnt, der darauf gerichtet war, nach der Evaluierung der LOM-Vereinbarung 2012 neu in den Ausschüssen über die Umsetzung der LOM nachzudenken. Damit werden nunmehr unweigerlich 2013 15% der Hochschulbudgets leistungsabhängig vergeben und stehen somit nicht mehr sicher zur Verfügung. DIE LINKE ist nicht gegen einen leistungsorientierten Einsatz von Landesmitteln. In der derzeitigen Situation der Hochschulen, die von Unterfinanzierung geprägt ist, dürfen Leistungsanreize nur den Budgets zugefügt nicht aber abgezogen werden!

Die Fraktion DIE LINKE sieht mit erheblicher Sorge, dass die Mittel für die hochschul- und universitätsgebundene Forschung in den nächsten Jahren erheblich beschnitten und schließlich ganz auslaufen sollen. Hier wird ein wichtiges Instrument für Innovation und Zukunftsfähigkeit des Landes und zum Technologietransfer für Klein- und Mittelbetriebe gefährdet. Wir haben deshalb vorgeschlagen, hier Gelder im Rahmen des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft umzuverteilen und freiwerdende Gelder aus der aufgelösten Zukunftsstiftung des Landes einzusetzen. Die engere Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, die sich durch den Neuzuschnitt der Ressorts ergeben hat, hätte hier nutzbringend sein können. Leider wurde die Chance vertan, der Antrag blieb bisher ohne Mehrheit.

Die Fraktion hat Anträge zur Perspektive der Wissenschaftseinrichtungen in Wittenberg – Institut für Hochschulforschung (HOF), Leucorea und Wissenschaftszentrum – gestellt. Wir sehen die Notwendigkeit zielgenauerer Kooperation und auch Chancen, Ressourcen des Landes effektiver einzusetzen. Die vorgesehene Praxis der Landesregierung - erst Abschneiden, dann überlegen, wie die Kürzungen umgesetzt werden können - weisen wir nachdrücklich zurück. Unsere Anträge sind sowohl darauf gerichtet, einen Prozess einzuleiten, den Wissenschaftsstandort Wittenberg neu zu justieren, aber dafür auch für die nächsten zwei Jahre noch die bisherigen Budgets bereitzustellen. Hier sieht auch die Koalition Handlungsbedarf, die Entscheidungen wurden auf die Bereinigungssitzung des Finanzausschusses vertagt.

Sorge bereitet der Fraktion die Ausstattung der Studentenwerke in Halle und Magdeburg. Wir halten die für die Jahre ab 2014 angekündigten Kürzungen für falsch, sie gefährden den sozialen Auftrag der Studentenwerke und machen in der Folge unter dem Strich Studieren teurer. Wir haben uns daher für die Erhöhung der sogenannten Verpflichtungsermächtigungen für die Studentenwerke, die in diesem Haushalt für die Jahre nach 2013 ausgebracht werden, eingesetzt. Bisher erfolglos. Darüber hinaus wollen wir die Investitionszuschüsse in diesem Doppelhaushalt für das Studentenwerk Halle wieder einstellen, um vor allem die dringend notwendige Sanierung der Mensaeinrichtung in Köthen zu ermöglichen.

Auch dieses Problem wurde nochmals „geschoben“. In der Bereinigungssitzung hat die Koalition einen Vorschlag angekündigt.

Nicht zuletzt: Die ohnedies schmalen staatlichen Zuschüsse für die Studierendenschaften sollen gekürzt werden. Hier geht es, gemessen am gesamten Haushalt, wirklich um wenig Geld aber um ein fatales Signal gegen studentische Mitwirkung und Hochschuldemokratie. Der Antrag der LINKEN, hier wieder etwas draufzulegen, wurde abgewiesen.

Peter Joseph, wiss. MA Bildungspolitik